

# Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint  
täglich,  
Vormittags 11 Uhr,  
mit Ausnahme der Sonn-  
und Festtage.

Alle  
resp. Postämter nehmen  
Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis  
pro Quartal  
25 Silbergroschen,  
in allen Provinzen  
der Preussischen Monarchie  
1 Thlr. 1 1/2 Sgr.

Expedition:  
Krautmarkt No 1053.

Im Verlage von Herrn. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. S. G. Effenbart.

No. 294. Montag, den 17. Dezember 1849.

Da mit dem 1. Januar 1850 ein neues Abonnement auf unsere Zeitung beginnt, so werden die geehrten Leser derselben ersucht, ihren Pränumerationschein bald gefälligst in unserer Expedition, Krautmarkt No. 1053, erneuern zu wollen. Der Pränumerationspreis für die Zeitung incl. Provinzial-Anzeiger beträgt pro Quartal 25 Sgr., für auswärtige Abonnenten 1 Thlr. 1 1/2 Sgr.

Wer auf den Provinzial-Anzeiger besonders zu abonniren wünscht, zahlt monatlich in unserer Expedition 1 1/2 Sgr., frei ins Haus geliefert 2 1/2 Sgr.

Insertionen im Provinzial-Anzeiger: 6 Pf. die Petitzeile, größere Schriftsorten werden nach dem Raum berechnet. Die Redaction.

Berlin, vom 16. Dezember.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Kurfürstlich hessischen General-Lieutenant Bauer den Rothen Adler-Orden erster Klasse mit Schwertern; dem Großherzoglich hessischen General-Major von Wächter, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Schwertern, und dem Großherzoglich hessischen Hauptmann von Grollmann, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Regierungs-Secretair Dyckerhoff zu Düsseldorf, und dem Appellationsgerichts-Salarienassessor-Buchhalter Karl Gottfried Drewitz zu Berlin, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Lehrer Sonderhoff zu Gevelsberg, im Regierungsbezirk Arnberg, und dem Gerichtsdiener und Greifator Johann Jakob Buchholz, beim Kreisgericht zu Lauenburg, das Allgemeine Ehrenzeichen; desgleichen dem Wannen Schmidt des dritten Wannen-Regiments, und dem Schornsteinfeger-Gesellen Ernst Puscher zu Breslau, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; und den Post-Inspektor Philipshorn zum Geheimen Post-Rath und vortragenden Rathe im General-Post-Amte zu ernennen.

Der Königliche Hof legt morgen die Trauer auf drei Wochen für Ihre Majestät die Königin Adelaide von Großbritannien und Irland an.

## Deutschland.

Berlin, 14. Dezember. (Schluß der 90ten Sitzung der Ersten Kammer.)

§§. 90 und 90 a über Beseitigung eines kollegialischen Gemeinderathes und die Zulässigkeit der Bestimmungen des Art. II. auf Gemeinden von nur 1500 Einwohnern, werden ohne Debatte angenommen.

§. 91. bestimmt, daß für Gemeinden, in denen die Bedingungen zur Errichtung einer Vertretung und eines Vorstandes auch jetzt noch nicht vorhanden sind, einstweilen von der Aufsichts-Behörde ein Vorsteher ernannt werden kann, der die Verwaltung führt und die Gemeinde vertritt.

Hierzu stellt der Abg. von Bethmann-Hollweg einen Verbesserungs-Antrag, worüber eine längere Debatte stattfindet.

Bei der Abstimmung wird der Verbesserungs-Antrag abgelehnt, der Kommissionsvorschlag aber mit großer Majorität angenommen.

§. 92, die Veröffentlichung der Einführung der Gemeindeordnung betreffend, wird auf Antrag der Kommission unverändert angenommen.

§. 93 handelt von den Pensions-Ansprüchen der besoldeten Gemeinde-Beamten, die in Folge der neuen Gemeinde-Ordnung weder in ihren Aemtern belassen, noch anderweitig mit gleichem Einkommen angestellt werden. Unter 12jähriger Dienstzeit beträgt die Pension 1/4, bis zu 24-jähriger Dienstzeit 1/2, nach 24jähriger Dienstzeit zwei Drittel des Gehalts. Schulzen, Orts- und Gemeindevorsteher haben keinen Anspruch auf Pension. Gemeindebeamte, deren Stellen eingehen, erhalten bis zum Ablauf der Zeit, auf welche sie ernannt sind, wenn sie nicht anderweitig angestellt werden, die Hälfte ihres Einkommens als Wartegeld. Pensionen und Wartegelder werden von den Gemeinden geleistet, in denen die Beamten gegenwärtig angestellt sind.

Abg. M. D. v. S. wünscht für die nach dem Kommissionsvorschlage auf Wartegeld zu stellenden Gemeindebeamten diejenige Pension festgesetzt zu sehen, die ihnen nach Ablauf ihrer Wahlperiode zugefanden haben würde. Dieser Antrag wird mit 57 gegen 56 Stimmen angenommen.

Der so amendirte §. 93 wird angenommen.

§. 94, welcher lautet:

„Alle in §. 93 nicht bezeichneten Gemeindebeamten sind in ihren Aemtern und Einkünften zu belassen und behalten ihre bisherigen Pensionsansprüche.“ wird auf Antrag der Kommission unverändert angenommen.

Die Verathung über die Gemeindeordnung ist hiermit beendet und der Präsident bittet die Kommission die schließliche Redaction so schnell vorzunehmen, daß das Gesetz morgen schon gedruckt in die Hände der Mitglieder kommt. Der Vorsitzende der Kommission erklärt sich dazu bereit.

Auf der Tagesordnung ist hierauf der Bericht der Kommission für Rechtspflege über die Fassung der Gesetze, den Schutz der persönlichen Freiheit und die Stellung unter Polizeiaufsicht betreffend.

Die Kammer nimmt diese Gesetze in der von dem Abg. Goldammer verlesenen Fassung durch endgültigen Beschluß an.

Eben so wird das Gesetz über Aufhebung des Intelligenz-Insertionszwanges in der von dem Abg. Menzel verlesenen Fassung durch endgültigen Beschluß angenommen.

Die drei Gesetze werden nun der Zweiten Kammer übersendet werden.

Auf der Tagesordnung ist ein Bericht der Petitions-Kommission über 115 Petitionen. Die Kammer tritt größtentheils den Anträgen der Kommission, welche die Petitionen an die betreffenden Ministerien und Kommissionen verweist, oder Uebergang zur Tagesordnung vorschlägt, bei.

Der Präsident theilt vor dem Schluß der Sitzung mit, der Justizminister habe ihn benachrichtigt, daß der Ober-Staatsanwalt zu Münster zur Zeit nicht im Stande sei, die Untersuchungsakten gegen den Appellationsgerichts-Direktor Lemme einzusenden, da sie zuvor nach Tilsit, Spandau und Potsdam zur Konstatirung der Beweise geschickt werden müssen. Der Ober-Staatsanwalt wird jedoch nach Einreichung der betreffenden Berichte und Species facti die Mittheilungen über die Untersuchung an die Kammer senden.

Schluß der Sitzung 4 1/2 Uhr.

Berlin, 14. Dezember. (Schluß der 74ten Sitzung der Zweiten Kammer.)

Art. 61 wird nach dem Beschlusse der Ersten Kammer angenommen. Dasselbe geschieht mit den Art. 62 und 63.

Es wird zu Art. 67 übergegangen.

Zu demselben hat der Abgeordnete von Fock folgendes Amendement gestellt:

„Aktive Militärs sind zu der Theilnahme an den Wahlen, ohne Rücksicht auf die Theilnahme an einem Gemeinde-Verbande, berechtigt, wenn sie im Uebrigen die Eigenschaften eines Gemeindevärlers haben.“

Abg. v. Griesheim: Es sind die mannigfachen Aeußerungen über das Wahlrecht seitens der Armee in der Presse und anderweit laut geworden, und besonders ist das allgemeine Wahlrecht der Armee als höchst gefährlich bezeichnet. Insofern ich nun überhaupt gegen das ganz allgemeine Wahlrecht bin, muß ich es auch für die Armee sein. Darum handelt es sich aber auch nicht, sondern nur darum: ob die Offiziere, die den sonstigen Wahl-Bedingungen entsprechen, das Wahlrecht haben sollen, wenn sie auch nur ein Jahr an demselben Orte sich befinden. Ich lasse es dahingestellt sein, ob es wünschenswerth für die Offiziere sei, keiner Partei anzugehören. Wenn ich nun auch glaube, daß, wer keiner Partei angehört, leicht Allen zufallen kann, so halte ich es auch für unmöglich, in jetziger Zeit ohne jede politische Parteistellung bleiben zu können. Es handelt sich also nicht um ein allgemeines Wahlrecht für die Armee, sondern um ein Wahlrecht, für die mindestens 25 Jahre alten und verheiratheten Offiziere, und um dies bestimmt ausgesprochen zu sehen, empfehle ich das Amendement des Abgeordneten v. Fock der Annahme.

Kriegsminister: Nachdem das Wahlrecht der Armee in beiden Kammern vollständig besprochen worden ist in dem Sinne, daß der Armee als solcher kein besonderes Wahlrecht zustehen oder ein ganz allgemeines Wahlrecht bei ihr eingeführt werden soll, bemerke ich hier nur aus Erfahrung noch, daß das Wahlrecht in der Armee der Disziplin durchaus nicht



günstig ist. Danach wird die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Armee zu bemessen sein. Wollte man die in der Gemeindeordnung gestellten Bedingungen für Ausübung des Wahlrechts auch auf aktive Militärs anwenden, so wüßte ich dagegen nichts einzuwenden; wollte man aber das Wahlrecht für die Armee erweitern, so müßte ich mich dagegen erklären. Ebenso kann ich auch nicht die Theilnahme aktiver Militärs an den Gemeinde-Angelegenheiten befürworten.

Berichterstatter Guppert bezeichnet näher, daß die Kommission das Wahlrecht der Militärs nur in derselben Beschränkung in ihrem Zusatz zu Art. 67 empfohlen haben wollte, wie das Amendement des Abgeordneten von Fock, obwohl er zugebe, daß dieses verständlicher und präciser sein möge.

In der nun folgenden Abstimmung wird, wie die Kommission es beantragt, zuerst das 1ste Alinea des Artikel 67 nach dem Beschlusse der Ersten Kammer angenommen; statt des Zusatzes der Kommission wird aber das gleichbedeutende Amendement des Abgeordneten von Fock angenommen. (Schluß der Sitzung 3 1/2 Uhr.)

Berlin, 14. Dezember. (75ste Sitzung der Zweiten Kammer.) Eröffnung 6 1/2 Uhr Abends.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und angenommen. Der Präsident der ersten Kammer übersendet die Ausfertigungen der von der ersten Kammer angenommenen Gesetzentwürfe über Stellung unter polizeiliche Aufsicht, über Schutz der persönlichen Freiheit und über Aufhebung des Intelligenzzwanges.

Die beiden ersten Gesetze werden dem Justizauschuß überwiesen; Abg. Bauer schlägt für das letzte den Finanzauschuß vor.

Der Minister des Innern: Das Interesse der Justiz scheint mir sehr wesentlich dabei betheiligt, da es sich um die rechtliche Form öffentlicher Bekanntmachungen handelt.

Das Gesetz wird ebenfalls dem Justiz-Ausschuße überwiesen.

Die Versammlung geht sodann zur Fortsetzung der Verathung über die Tit. III., IV., V., VIII., IX. und X. der Verfassung über. Dieselbe beginnt mit Art. 68., welcher von dem Wahlmodus handelt. Die Erste Kammer hat beschlossen, daß die Gesamt-Summe der Steuern einer Gemeinde, nach welcher die Eintheilung der Urwähler stattfindet, berechnet werden soll:

a) gemeindeweise, falls die Gemeinde einen oder mehrere Urwahl-Bezirke für sich bildet.

Der erste Beschluß der Zweiten Kammer enthält statt der Worte: „einen oder mehrere Urwahl-Bezirke“ die Worte: „einen Urwahl-Bezirk.“

Die Kommission beantragt Beibehaltung des Beschlusses der Zweiten Kammer. Dieser Antrag wird ohne Discussion angenommen.

Bei Art. 69, 71, 74 tritt die Kammer den Beschlüssen der Ersten Kammer bei. Darnach muß jeder zum Abgeordnete Wählbare bereits 3 Jahre dem preussischen Staate angehört haben, und Stellvertreter werden nicht gewählt.

Bei Art. 77 hat die Erste Kammer den von der Zweiten beschlossenen Grundsatz, daß Beamte, wenn sie Abgeordnete werden, die Kosten ihrer Stellvertretung tragen müssen, durch den Zusatz beschränkt: Diese Kosten dürfen den Betrag der denselben zustehenden Diäten nicht übersteigen. Sie hat ferner den Satz, daß Abgeordnete, die ein Staatsamt oder eine Beförderung im Staatsdienst annehmen, Sitz und Stimme bis zur Neuwahl verlieren, dahin umgeändert, daß solche Abgeordnete ihren Sitz behalten und sich nur einer Neuwahl unterwerfen müssen.

Die Aenderungen der Ersten Kammer werden verworfen, die Kammer beharrt bei ihrem früheren Beschluß.

Dasselbe geschieht bei Art. 78, welcher von den geheimen Sitzungen handelt. Die Erste Kammer wollte die Bedingungen derselben der Geschäftsordnung überlassen, die Zweite beharrt dabei, daß sie nur auf Antrag von 10 Mitgliedern oder des Präsidenten stattfinden solle.

Bei Art. 79 war keine wesentliche Verschiedenheit; die Kammer tritt der Fassung der Ersten Kammer bei.

Bei Art. 83. wollte die Erste Kammer nur die Verhaftung der Abgeordneten, nicht auch die Einleitung der Untersuchung gegen sie von der Genehmigung der Kammer abhängig machen; die Zweite Kammer verwirft diese Aenderung und bleibt bei ihrem früheren Beschluß.

Im Art. 84 hat die Erste Kammer die Aenderung gemacht, daß diejenigen Mitglieder der Zweiten Kammer keine Diäten bekommen, welche am Sitze der Kammer ihren Wohnsitz haben. — Kein Mitglied erhebt sich dafür.

Man kommt zu dem Abschnitt von den Finanzen (Art. 98—103). Hierbei bietet sich die Schwierigkeit, daß der bekannte Art. 108 von der Zweiten Kammer gestrichen und von der ersten Kammer beibehalten ist. Die Beibehaltung oder Streichung dieses Artikels ist aber eine Präjudicialfrage für alle Bestimmungen des Abschnitts von den Finanzen. Abg. Simson verlangt deshalb eine gemeinsame Abstimmung über Art. 108 und das sogen. Möckel'sche Amendement (den neuen Art. 98.) Sein Vorschlag wird auf das Heftigste von verschiedenen Mitgliedern der Rechten bekämpft.

Bei der Abstimmung wird der Antrag, über Art. 108, 98 und 99 ungetrennt zu discutiren und zu beschließen, angenommen.

Zum Wort in der Sache selbst meldet sich Niemand.

Abg. Falc hat ein Amendement gestellt, das die früheren Beschlüsse der Zweiten Kammer aufnimmt, nur mit folgenden Aenderungen:

Wenn die Festsetzung des neuen Etats sich über den Anfang der neuen Finanzperiode verzögert, so soll der alte Etat noch sechs Monate (nicht vier) gelten. Und wenn die Kammern sich über den neuen Etat nicht einigen, so soll bis zur Einigung der bestehende Etat in Kraft bleiben (statt: werden die bisher bewilligten Steuern forterhoben).

Es wird zuerst zur Abstimmung gestellt und mit 200 gegen 99 Stimmen verworfen.

Es wird jetzt namentlich über die Beschlüsse der ersten Kammer abgestimmt, wonach bekanntlich Art. 108 bestehen bleibt, der alte Etat bei verzögerter Feststellung des neuen noch zwölf Monate Geltung behält u. s. w. Mit Ja haben gestimmt 99, mit Nein 197 Mitglieder. Es bleibt also bei den früheren Beschlüssen der zweiten Kammer.

Beim Art. 100 hat die erste Kammer zum Satz: Jede Bevorzugung bei der Steuergesetzgebung wird aufgehoben, die Worte hinzugefügt; vorbehaltlich der Entschädigungsfrage.

Die Kammer tritt dem nicht bei.

Bei Art. 103 über die Prüfung der Staatshaushalts-Rechnungen durch die Ober-Rechnungskammer hat die erste Kammer nur eine formelle Aenderung vorgenommen, die zweite Kammer nimmt sie an.

Bei Art. 104 über die Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Verbände hat die erste Kammer außer verschiedenen stylistischen Aenderungen den Satz: „Die Wahl der Gemeindevorsteher bedarf der Bestätigung der Regierung in den von der Gemeinde-Ordnung bestimmten Fällen“, dahin umgewandelt: „Ueber die Betheiligung der Gemeinden bei der Anstellung der Gemeinde-Vorsteher wird das Gesetz das Nähere bestimmen.“ Diese Aenderung wird abgelehnt. Ebenso verschiedene andere kleinere sachliche Aenderungen der ersten Kammer; nur die stylistischen werden angenommen.

Art. 106 wird in der Fassung der ersten Kammer angenommen, wonach zur Aenderung der Verfassung zwei Abstimmungen, zwischen denen ein Zeitraum von 21 Tagen liegen muß, notwendig sind.

Ueber Art. 108 ist schon der obigen Abstimmung über §§. 98 und 99 (Titel von den Finanzen) entschieden. Der betreffende Satz ist verworfen.

Im Artikel 111 hat die erste Kammer die Worte „sollten durch die für Deutschland festzustellende Verfassung Abänderungen dieser Verfassung nöthig werden, so wird der König dieselben anordnen,“ dahin umgeändert: „sollten durch die für den deutschen Bundesstaat auf Grund des Entwurfs vom 26. Mai d. J. festzustellende Verfassung Abänderungen der gegenwärtigen Verfassung nöthig werden u.“

Die Aenderung wird mit 226 gegen 59 Stimmen angenommen. Somit ist die Revision der Titel III., IV., V., VIII., IX. und X. beendet.

Schluß der Sitzung 4 1/2 Uhr.

Berlin, 14. Dezember. Die Verhältnisse in Schleswig und die damit in Verbindung stehenden Persönlichkeiten sind im Augenblicke wieder der Gegenstand der größten Entstellungen in der Presse. Namentlich werden über die Sendung des Herrn v. Ugedom, die Zwecke und Ergebnisse derselben die absurdesten Nachrichten verbreitet. So berichtet ein Berliner Berichterstatter der Hamburger Nachrichten unterm 3. Dezember:

„Herr v. Ugedom ist seinem Auftrage in den Herzogthümern nachgekommen. Graf Eulenburg in Flensburg weiß, wenn dies, was nicht bezweifelt werden darf, pflichtgemäß geschehen ist, wie man in Berlin über ihn denkt. Herr v. Ugedom wird ihm nicht haben verschweigen können, wie sehr unzufrieden man mit seinem Regimente sei. Daß man selbst in Berlin dazu vollkommen guten Grund hat, darf übrigens Graf Eulenburg nur im Rücken der Instruction sich verbergen, mit welcher er nach Schleswig gesandt ist. Ich werde darauf zurückkommen.“

Es wäre allerdings zu wünschen, daß der betreffende Correspondent darauf zurückkäme, und zwar nachdem er sich besser von den Dingen unterrichtet. Er würde erfahren, daß Preußen zwar in keiner Beziehung gesonnen ist, sich irgend welche Verantwortlichkeit für das Verfahren der Landesverwaltung aufzubürden, deren Mitglied Graf Eulenburg ist, aber eben so, daß man hier sehr wohl denselben persönliche Bemühungen, mit denen er bekanntlich oft nicht durchzubringen vermochte, und sein Verhalten von der Thätigkeit jener Behörde zu unterscheiden weiß. Darnach war kein Grund zu Eröffnungen der Unzufriedenheit, viel eher die Anerkennung für das pflichtgemäße Ausharren desselben in seiner Stellung vorhanden, einer Stellung, in welcher man freilich nur Un dank ernten, nichtsdestoweniger aber in redlicher Pflichterfüllung sich um die Friedensaufgabe wohl verdient machen kann. (D. R.)

— Die Köln. Ztg. enthält nachstehenden Corresp.-Artikel aus Berlin: „Von zwei verschiedenen, wohlunterrichteten Seiten geht mir folgende Nachricht zu, deren Schluß, wenn auch nicht derselben vorsichtigen Quelle entnommen, nicht minder gewiß ist. Ein dem hiesigen Hofe nahestehender höherer Offizier verfügte sich nach Dresden und beschwor den König, durch seinen Austritt aus dem Bündniß die Revolution nicht selbst, ob jetzt, ob in späteren Jahren, herauf zu beschwören. Nun lautet der Schluß: der außerordentliche Gesandte habe wenig erlangt. Ein sächsischer Prinz, nicht eben leidenschaftlich constitutioneller Gesinnung, habe sich mit besonderer Energie gegen das Bündniß vom 26. Mai ausgesprochen. Er behaupte eine eventuelle österreichische Occupation; sie könne Jahre währen, aber er fürchte sich nicht davor. Wenn die Kammern die Regierung in die Nothwendigkeit versetzten, sie aufzulösen, so sei es um so schlimmer für die Kammern. — Hier in Berlin glaubt man, daß, wenn die Defestreicher in Sachsen einrücken, die Preußen ihrerseits, kraft des Bündnisses vom 26. Mai, eine Demonstration machen und Truppen über die Grenze schicken dürften. Es wird die verzögerte Abreise des Prinzen von Preußen damit in Verbindung gebracht. — Neben der Depesche vom 12. November und dem Protest-Entwurfe soll nun doch eine andere Depesche existiren, welche die Worte „materielle Mittel“ enthielte und nachträglich allem Anscheine nach durch die sächsische Intervention oder eine ähnliche österreichischer Seite interpretirt würde. Hier erfolgte früher eine andere Interpretation. Die Angelegenheit hat auch jetzt, nach erfolgtem Proteste, noch immer ihre Bedeutung, da es interessant bleibt, zu beobachten, wie weit Defestreich zurückgegangen ist.“

Berlin, 15. Dezember. In unterrichteten Abgeordneten-Kreisen verlautet, daß der Finanzminister v. Rabe entschlossen sei, sein Portefeuille niederzulegen und sich auf einen Oberpräsidialposten nach der Provinz zu begeben. (Voss. Z.)

— Das bevorstehende Aufheben der englischen Schiffsabgabengesetze erfüllt bereits die deutschen Rheeder und Schiffsbauer an den Nordseeküsten mit der freudigen Hoffnung auf bedeutende Erhöhung ihrer Gewerthätigkeit durch Verwendung deutscher Schiffe für englische Frachten, mithin steigende Transportkosten und Erträge zu ihrem Besten. Der deutschen Fabrikation für den auswärtigen Abfah wird dagegen die schwere Aufgabe auferlegt, wohlfeiler und mit erhöhter Erfindungskraft zu produziren, da ihren Fabrikaten und deren Preisen die bisherigen wohlfeilern Transportkosten der Ausfuhr nicht mehr zu Gute kommen werden, sondern diese Kosten sich zwischen England und den deutschen Häfen ausgleichen müssen. Die Konkurrenz mit den englischen Fabrikaten wird also schärfer und unmittelbarer eintreten, da das dritte, was bisher zum Vortheile Deutschlands noch dazwischen stand, die geringere Fracht, wegfallen wird.

— Der Geh. Rath Waldeck ist nunmehr beim Obertribunal wirklich wieder als etatsmäßiges richterliches Mitglied eingetreten. Er ist wie früher dem Senat 4. des Obertribunals zugetheilt worden, und hat bereits vorgestern an den Sitzungen dieses Senats Theil genommen.



**Berlin, 15. Dezember.** Die meisten preussischen Offiziere, welchen von auswärtigen kleinen Staaten das in pekuniärer Beziehung vortheilhafte Anerbieten jetzt gemacht wurde, aus der preussischen Armee gänzlich zu scheiden und bei ihnen dann militärische Dienste zu nehmen, haben solches zurückgewiesen, weil sie als Patrioten es vorziehen, in dem Kriegsheere ihres Volkes weniger Gehalt zu beziehen und einen geringeren Rang einzunehmen, als in einer kleinen Armee unter besseren materiellen Bedingungen zu dienen. Ueberhaupt scheinen die Offiziere der preussischen Armee in erhöhtem Grade von dem hingebendsten Geiste für König und Vaterland beseelt und zu jeder Aufopferung für die Wohlfahrt Preussens bereit zu sein. (D. R.)

— Die zahlreiche Diebesgenossenschaft Berlins übt ihre communistischen Tendenzen mit der größten Frechheit jetzt mehr bei Tage, da durch die Aufsicht der Schutzmänner während der Nachtzeit auf den Transport von Sachen nächtliche Einbrüche sehr erschwert worden sind. So wurden einer Dame kürzlich an 300 Thaler und viele Kostbarkeiten durch Einbruch während des Tages, und in einem anderen Hause, während sich das Dienstmädchen unvorsichtiger Weise auf kurze Zeit entfernt hatte, ohne die Thür zu verschließen, eine Menge werthvolles Silberzeug aus der Servante gestohlen.

— Wie verlautet soll die der Seehandlung zugehörige Maschinen-Bau-Anstalt in Moabit mit Neujahr geschlossen werden, da sie sich nicht rentirt und noch Zuschuß fordert.

— Ein Erzbetrüger hat seit einigen Tagen unter dem Namen eines Herrn v. Schackel und dem Vorgeben, Schwager des Herrn Geheimen Oberhofbuchdruckers Decker zu sein, arge Spitzbübereien verübt, bis es gestern der Schutzmanschafft gelang, ihn zu verhaften. Ein Schneider, in dessen Abwesenheit er unter schmerzhaften Vorwänden gegen dessen Kinder Kleidungsstücke und seidene Stoffe ausführte, eilte zu Herrn Decker, um den Scherz auszugleichen, wo sich denn der Betrug offenbarte. In Folge der Anzeige des Herrn Decker wurde der freche Betrüger verfolgt und glücklich ergriffen.

— Von den vielen menschenfreundlichen Handlungen des Generals von Wrangel, welche dann und wann aus der Verborgenheit hervortreten, in welche der würdige Herr sie zu hüllen pflegt, erfahren wir heute auch diese, die sich vor einigen Wochen zugetragen. Ein hiesiger junger Künstler, Herr D., war durch die Ereignisse des vorigen Jahres in seinem Erwerbe so zurückgekommen, daß ihm nach und nach sein ganzes Mobiliar abgepfändet und endlich sogar die letzten Betten von seinem Hauswirth für rückständige Miete einbehalten wurden. Die Lage des Mannes wurde dadurch um so schrecklicher, als die Frau desselben jeden Tag ihre Niederkunft erwartete. Der Künstler, den Verlust seines ganzen Kredits fürchtend, wenn er seine Dürftigkeit ihm nahestehenden Kunsthändlern mittheile, wandte sich in seiner höchsten Noth an den General von Wrangel. Sofort ließ der freundliche Feldherr, nachdem ihm noch am Tage der Bitte Bericht erstattet werden mußte, den Eheleuten ein neues vollständiges Militärbett bringen. Tages darauf wurde die Frau entbunden.

**Fürstentwalde, 11. Dezember.** Gestern hatten wir das Glück, den gefesteten General v. Wrangel in unserer Mitte zu sehen. Der greise Feldherr traf schon am frühen Morgen auf der Eisenbahn von Berlin hier ein und wurde von den königlichen und städtischen Behörden, von Deputationen der Schützengilde, des Krieger-Vereins &c. und von einem Comité der Einwohnerschaft, welche zu Ehren des Generals ein Festmahl veranstaltet hatte, auf das herzlichste begrüßt. Als der General nach Inspection der hiesigen Garnison bei dem Mahle erschien, wollte der Jubel der zahlreich versammelten Teilnehmer und Zuschauer kein Ende nehmen und stieg bis zur höchsten Begeisterung, als der greise Feldherr in einer wahrhaft ergreifenden Rede unserem geliebten König und Herrn den ersten Toast brachte. Eben so enthusiastisch wurde der dem „Vater Wrangel“ ausgebrachte zweite Toast aufgenommen. Nach diesem überreichte Frh. Adelsheid Grasnick in Begleitung von vier anderen jungen Damen dem General Namens der Stadt einen Vorberuf und ein von dem Rektor Gaebke verfaßtes Gedicht; der Rathmann Siebmann aber übergab an der Spitze mehrerer anderer Krieger aus den Jahren 1813—15 im Namen von echt patriotischen Einwohnern der Stadt einen von dem Kantor Fraude gedichteten Gruß. Feld Wrangel, sichtbar gerührt und bestrebt, dankte Allen in der freundlichsten und gewinnlichsten Weise und verließ erst nach mehrstündigem Verweilen das Festlokal, um seine Reise nach Küstrin fortzusetzen. (B. 3.)

**Posen, 12. Dezember.** Gestern hat die demokratische Zeitung des Oden, die uns oft an die Rheinische Zeitung erinnerte, zu erscheinen aufgehört. Das Eingehen derselben kündigt heute ein Witzbold in der Posener Zeitung durch folgendes Inzerat an: „Heute entschief nach längerem Siegethum an gänzlicher Entkräftung die „Zeitung des Oden,“ tief betrauert von den Hinterbliebenen.“ (N. Pr. 3.)

**Raumburg, 6. Dezember.** Im November d. J. ist auch der zur Nationalversammlung in Berlin für den Kreis Eckartsberge gewählte Abg. Rektor Herbold zu Vibra suspendirt und zur Untersuchung gezogen worden. Derselbe saß auf der Linken und gehörte zu den Steuerverweigerern. (M. C.)

**Serford, 6. Dezember.** Gestern wurde hier ein für den Buchhandel äußerst wichtiger Fall vor den Geschwornen verhandelt. Der Geschäftsführer der Helmichschen Buchhandlung in Bielefeld, Strothmann, stand vor den Assisen unter der Anklage, durch die Verbreitung der in Lemgo erscheinenden Wochenschrift: „Der Volksfreund“, welche verschiedene „verbrecherische“ Artikel enthielt, sich der Majestätsbeleidigung &c. schuldig gemacht zu haben. Der Staatsanwalt hatte die Anklage auf das neue oetroyirte Preßgesetz gestützt, welches so lebhaftes Klammationen der Buchhändler hervorgerufen hat; er hatte den Buchhändler angefaßt, „weil der Autor des inkriminirten Artikels nicht im Bereich der richterlichen Gewalt des Staates war.“ Die Geschwornen hatten also über ein wichtiges Prinzip zu entscheiden; sie sprachen den Angeklagten einstimmig frei. (B. 3.)

**Dresden, 12. Dezember.** Unter den den Kammern bis jetzt zugegangenen Vorlagen des Finanzministeriums ist das Dekret, die Ergänzung und Abänderung der Gewerbe- und Personalsteuer betreffend, sehr wichtig. Es wird eine Art Klassensteuer nach dem jährlichen Einkommen in Vorschlag gebracht. Die Steuerpflichtigen werden hiernach in 36 Klassen getheilt mit einem Minimalfaze von 20 bis 50 Thlr. Einkommen und einer jährlichen Steuer von 6 Ngr. und einem Maximalfaze von 4800 bis mit 5000 Thlr. Einkommen und 130 Thlr. jährlicher Steuern. Die 37. Klasse

sollen diejenigen bilden, deren Einkommen über 5000 Thlr. beträgt und mit 2½ pCt. besteuert werden soll. (B. 3.)

**Wismar, 12. Dezember.** Mit dem Postdampfschiffe Slesvia trafen hier heute Vormittag von Kopenhagen ein: Baron von Veshlin nebst Gemahlin, Kammerherr v. Reedz und General-Auditeur von Scheel. (B. H.)

**München, 10. Dezember.** Die Durchreise des Sohnes des Fürsten Windischgrätz hat hier einer Anzahl Studenten und Turner die Veranlassung zu einer vor dem Wirthshause, in welchem derselbe abgestiegen war, zu bringenden Rakenmusik gegeben. Die Polizei war jedoch davon unterrichtet und so wurden ziemlich zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. (L. 3.)

**München, 12. Dezember.** (43te Sitzung der Kammer der Abgeordneten. Präsident: Hegnenberg.) Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Berathung und Schlussfassung über den Gesetz-Entwurf, die staatsbürgerlichen (politischen) und bürgerlichen Rechte der Juden betreffend. Es betheiligten sich an der Debatte: Schmidt (Domkapitular): Die Gleichstellung sei eben auch nur eine Ansäsmachung, und bei einer solchen die erste Frage nach dem Leumund; die Juden sollen zuerst einen guten Leumund nachweisen. Dr. Sepp bringt einen Antrag, wonach die Beschränkung in privatrechtlicher Hinsicht fallen, über Ansäsmachungen der Juden aber erst nach Feststellung (Revision) des Gemeinde-Edikt neuer Beschlüsse gefaßt werden solle, ebenso einen Antrag auf Versammlung von jüdischen Notabeln. Beide Anträge erhalten jedoch nicht die nöthige Unterstützung der Mehrheit der Kammermitglieder, und Sepp hat dadurch nur Gelegenheiten, nochmal auf die Nachteile der Emanzipation zurückzukommen. — Man habe den Muth gehabt, den Adel abzuschaffen, jetzt kriechen man vor dem Gelb-adel — das jüdische Volk werde immer einen Staat im Staate bilden. — In allen Zweigen seien die Juden Revolutionäre. — Ysforten habe gezweltelt an einem jüdischen Ministerium — er nicht, bei uns sei Alles möglich, habe doch z. B. zu Reim, kaum auf den Ministerstuhl gelangt, nichts Silgeres zu thun gewagt, als einer Gemeinde 9 jüdische Familien aufzubürden. — Die Aeußerung im vorigen Landtage: Man solle das Land aushungern und die Steuern verweigern, sei nicht so in den Wind geredet gewesen, sondern habe im System des Jubenthums gelegen. Unsere Staatsweisheit in Europa sei banqueroit geworden, und darum suche man noch die letzte Hülfe bei den Juden. — Der Herr Kultusminister (Ringelmann) habe gestern geäußert, man solle jedem seine Neigung lassen und ihm die Bahn nicht verschließen, er entnehme daraus, daß der Minister gar noch dem Freihandelsystem huldigen werde, der unsere Gewerbe zu Grunde richten würde, weswegen er froh sei, daß das Volk diese Aeußerung nicht gehört habe.

**Stuttgart, 12. Dezember.** Die württembergischen Freischärler, welche in Baden gefangen saßen, kommen nun wieder in ihrer Heimath an. Es sind etwa 120 Mann, welche auf drei Routen mit Laufsaffen des Oberamts Rastatt (in welchem sie kurzweg „Hochverräter“ charakterisirt werden, also „N. R. aus Z., Hochverräter“) versehen, nach ihren Heimathsorten ziehen. An der württembergischen Grenze erhalten sie — auf Wiedererzählung! — ein Reisegeld aus den Amtskassen. „Die Leute sehen ziemlich gut aus“, erzählt ein Berichterstatter des Schwäbischen Merkurs, „haben badiſche und preussische Uniformen und Blusen an, welche sie theils geschenkt, theils geliehen bekamen, und erzählen viel von erfahrener harter Behandlung.“ — „Beinahe einstimmig (seht der Berichterstatter des Schw. Merk. hinzu) wird von den Freischärlern versichert, daß sie von den Preussen bedeutend humaner behandelt worden seien, als von den Badensern; viele der Preussen theilen ihre Kleider und Lebensmittel mit den Gefangenen und gaben ihnen noch Geschenke auf den Weg.“ — Die „vertheilte Soldateska!“ (C. 3.)

**Luxemburg, 9. Dezember.** Das Großherzogthum hat bis jetzt weder dem Drei-Königs-Bündnisse, noch dem Interim gegenüber eine ausgesprochene Stellung eingenommen. Die Regierung hat vorgeschoben, daß sie ohne die Kammer nichts thun könne und erst deren Entscheidung abwarten müsse. Diese Entscheidung wird nun in der nächsten Woche erfolgen, und ich werde das Resultat zu seiner Zeit melden. Welcher Art dasselbe sein werde, ist noch in keiner Weise voraussehen; denn so arm die Kammer an politischen Capacitäten ist, so reich ist sie an spezifisch-luxemburgischer Beschränktheit und kleinlichem Souveränitäts-Schwandel, und es ist traurig zu sehen, wie von den Wenigen, welchen man höhere politische Einsicht und Uebersicht zutrauen könnte, gerade diese spezifische Stimmung genährt wird. (Köln. 3.)

**Frankfurt a. M., 13. Dezember.** Wir sind nun endlich zur Gewissheit über den Zeitpunkt der Einsetzung des Interims gelangt. Vorgeſtern Abend erhielt der R. österreichische Bevollmächtigte bei der Centralgewalt, Graf v. Rechberg, einen Kabinetsekourier aus Wien mit der Anzeige, die für das Interim ernannten R. österreichischen Kommissarien würden am 10. d. M. die Reise nach Frankfurt antreten, und gedächten sicher bis zum 15. daselbst einzutreffen. Heute Morgen ist dem Bankhause Rothschild der Auftrag erteilt worden, im Gasthause zum römischen Kaiser für den Freiherrn v. Kübe eine Wohnung zu bestellen, die bis zum 15. d. M. zu dessen Aufnahme in Bereitschaft gesetzt werden soll. Da nun auf Seiten der abgehenden Centralgewalt die zu deren Uebergabe an die interimistische Kommission erforderlichen Anordnungen schon vorbereitet sind, so dürfte dieser Akt wohl in den ersten Tagen nächstkünftiger Woche zur Vollziehung gelangen. Die Abreise des Erzherzogs Reichsverwesers soll, wo nicht früher, doch spätestens am 26. d. M. erfolgen. (D. N.)

**Hamburg, 13. Dezember.** Hamburg ist so eben dem Interim beigetreten. (Const. 3.)

**Kiel, 13. Dezember.** Nach dem „Apenniner Wochenblatte“ soll das dänische Hauptquartier in Jütland am 10ten d. M. nach Kolding, also an die schleswigsche Grenze, verlegt worden sein. General de Meza, welcher sich im Laufe des Sommers auf Alsen so sehr verhaßt machte, hat jetzt den Oberbefehl über das dänische Truppcorps in Jütland. (Voss. 3.)

**Schleswig-Holstein.** Daily News theilen über die von ihr als bereits eröffnet bezeichneten direkten Unterhandlungen zwischen Dänemark und der Statthaltschaft Folgendes mit: Man soll von der zugestandenen Unmöglichkeit der Herrschaft des Herzogs von Augustenburg über Dänemark sowohl, als der des Prinzen Friedrich von Hessen über die Herzogthümer ausgehend, einen dritten erbberechtigten Candidaten aufzustellen beabsichtigen, der auf seinem Haupte die dänische Krone mit der schleswig-holsteinischen Herzogskrone vereinigen würde. Dazu wäre der Großherzog von Oldenburg ausersehen. Den Herzog von Augustenburg würde man durch Oldenburg abfinden, den Prinzen von Hessen, der doch nicht zu gleicher Zeit in Dänemark und Hessen würde regieren können, würde man



durch Geld oder anderweitige Entschädigung bestimmen, sich bei der Wahl zwischen der Herrschaft in beiden Ländern für Hessen zu entscheiden. Daily News sagen: „Das sind, wie wir vernehmen, die vorgeschlagenen Vertragsbestimmungen, welche Preußen unter der Bedingung des Eintritts Holsteins in den Dreikönigsbund unterstützen würde, welche Rußland, obgleich sie seinen Ansprüchen ein Ende machten, nicht unwillkommen sein könnten, und welche aus diesem Grunde für England, wenn nicht für Frankreich, annehmbar wären. Natürlich würden die Schleswiger und Holsteiner jene politische und kommerzielle Verbindung, auf welche sie einen so großen Werth legen, unter einer gemeinschaftlichen legislativen Versammlung und einem dänischen Könige fortgenießen. Dänen wie Schleswiger würden so Schwierigkeiten und Gefahren entgehen, die sie mit Vernichtung ihrer Freiheiten und Theilung ihres Reichs bedrohen, nebst einer endlosen Aussicht auf Bürgerkrieg.“ (C. 3.)

### Frankreich.

Paris, 11. Dezember. Bei dem Feste, welches der Seine-Präsident dem Präsidenten der Republik gegeben, antwortete dieser auf einen ihm ausgetragenen Toast mit folgenden Worten: „Meine Herren! Ich danke dem Gemeindeförner, daß er mich auf das Rathhaus eingeladen und zu gleicher Zeit zahlreiche Unterstüzungen an dem heutigen Tage unter die Nothleidenden hat verteilen lassen. Das Unglück erleichtern, war in meinen Augen das beste Mittel, den 10. Dezember zu feiern. Ich will hier nicht aufzählen, was wir seit einem Jahre gethan haben. Allein das Einzige, worauf ich stolz bin, ist, daß ich Dank der Unterstüzung der Männer, die mich umgeben haben und die mich noch umgeben, die Geseßlichkeit unverletzt und die Ruhe ohne Kollision erhalten habe. Das kommende Jahr wird, wie ich hoffe, noch fruchtbarer an glücklichen Erfolgen sein, besonders wenn, wie der Seinepräsident gesagt hat, alle großen Gewalten innig vereint bleiben. Ich nenne große Gewalten diejenigen, die vom Volke erwählt sind, die Versammlung und den Präsidenten. Ja, ich habe Vertrauen auf ihre fruchtbare Eintracht, wir werden vorwärts schreiten, statt stehen zu bleiben; denn was selbst dem geringsten Sterblichen eine unwiderstehliche Gewalt giebt, das ist, vor sich ein großes Ziel zu erreichen und hinter sich eine große Sache zu verteidigen zu haben. Für uns ist diese Sache die der gesamten Civilisation. Es ist die Sache der weisen und heiligen Freiheit, die alle Tage durch die sie entweichenden Erzfesse bedroht ist. Es ist die Sache der arbeitenden Klassen, deren Wohlergehen unaufhörlich von jenen unsinnigen Theorien bedroht wird, welche durch die Aufregung der rohesten Leidenschaften und der gerechtesten Verführungen fast den Gedanken an jede Verbesserung hassen machen. Es ist die Sache der repräsentativen Regierung, die ihren heilsamen Glanz verliert durch die Bitterkeit der Sprache und die Langsamkeit in der Annahme selbst der nützlichsten Maßregeln. Es ist die Sache der Größe und Unabhängigkeit Frankreichs; denn wenn die Ideen, welche gegen uns kämpfen, siegen könnten, so würden sie unsere Finanzen, unsere Armee, unsern Kredit, unsern Einfluß, kurz Alles zerstören, indem sie uns zwingen würden, ganz Europa den Krieg zu erklären. Auch gab es niemals eine gerechtere, patriotischere, heiligere Sache, als die unsrige. Was das zu erreichende Ziel betrifft, so ist dasselbe ganz eben so edel, als die zu verteidigende Sache. Es ist nicht die dürftige Kopie irgend welcher Vergangenheit, die wieder aufzufrischen wäre, es handelt sich darum, alle Leute von Herz und Verstand einzuladen, etwas Größeres, als eine Verfassung, etwas Dauerhafteres als eine Dynastie zu besetzen, nämlich die ewigen Prinzipien der Religion und der Moral, zugleich mit den neuen Regeln einer gesunden Politik. Die so verständige Stadt Paris, die sich der revolutionären Bewegung bloß erinnern will, um sie zu beschwichtigen, wird einen Regierungsgang begreifen, der, auf dem von der Constitution gezogenen engen Pfad bleibend, einen weiten Horizont von Hoffnung und Zukunft ins Auge zu fassen gestattet. Man hat oft gesagt, so oft man von Ehre spreche, finde man ein Echo in Frankreich. Hoffen wir, daß, wenn man von Vernunft spricht, sich ein gleicher Widerhall in den Herzen von Männern finden wird, die vor Allem ihrem Lande ergeben sind. Ich schlage einen Toast auf die Stadt Paris und auf ihren Gemeindeförner vor.“

— Die beiden Fraktionen der Linken, die Montagne und die Partei des Cercle constitutionell, haben eine außerordentliche Zusammenkunft gehalten, um über ihr Verhalten bei der Abstimmung über die Getränkesteuer zu berathen. Wie es heißt, haben beide Fraktionen den Beschluß gefaßt, sich derselben zu enthalten, um wo möglich die Anzahl der Stimmen unter 376 (das beschlußfähige Minimum) herabzubringen und dadurch die Annahme des Regierungs-Entwurfes zur Beibehaltung der Steuer zu vereiteln.

Paris, 12. Dezember, Abends. Die Verhandlungen wegen der Getränkesteuer haben in der Kammer ihren ferneren Gang gehabt; man glaubt, daß sie morgen beendet sein werden und das Ministerium eine Mehrzahl von 100 Stimmen haben wird.

— In der National-Versammlung herrscht allerdings einige Aufregung wegen der Getränkesteuer aber nicht so, trotz aller Bemühungen der linken Seite, im Volke. Das erste liegt in der Stellung der Deputirten. Diese durch die Wahl ihrer Departements auch Vertreter der engeren Interessen derselben, sind zum Theil in der unangenehmen Lage, gegen die Beibehaltung der Getränkesteuer sprechen und votiren zu müssen, obgleich sie von der Nothwendigkeit derselben überzeugt sind. Sie sind als Bevollmächtigte für einen Akt dazu angehalten, den ihr politisches Gewissen verdammt. Daher die große Unruhe, das große Schwanfen! Nicht die gleiche Aufregung findet man außerhalb der Kammer. Die Bevölkerung von Paris regt sich so gut als gar nicht, trotz aller Bemühungen der Opposition, sie in Aufregung und Erbitterung zu versetzen. Der vernünftige Arbeiter antwortet denen, die da versuchen ihn aufzureizen: „Was hilft uns Euer Geseß! Wir trinken in Paris doch immer geschmiedete Weine und der Preis ändert sich nicht! Hebt Ihr die Steuer auf, so wird der Weinhändler den Profit nehmen. Und besser ist's noch, wir bezahlen den Wein einen Sous theurer, und verdienen den Tag 20 Sous mehr!“

— Die Ausweisungen aus Paris haben sich in der letzten Zeit sehr vermehrt. Dieser Tage sind mehrere Handwerksgeßellen, des Kommunismus verdächtig, aus Paris und dem französischen Gebiete gewiesen worden. Eine ähnliche Maßregel soll mehrere Literaten betreffen haben.

— Das Geseßwengericht der Dordogne hat einen Capitain der Nationalgarde und Mitglied des Stadtraths von Viron zu 3 Monat Ge-

fängnißhaft verurtheilt, weil er: „Es lebe die Guillotine“, geschrien und die Aeußerung gethan, das Eigenthum sei Diebstahl.

— Die „Patrie“ wird ihren Besitzer verändern, wenn Herr Delamarre den Posten eines General-Postmeisters erhält. Thiers und Remusat sind mit Delamarre in Unterhandlung. Sie haben ihm 400,000 Fr. geboten, er besteht jedoch auf 500,000 Fr.

### Italien.

— Nach dem „Ecnfore“ soll die sardinische Regierung den Befehl ertheilt haben, die Flotte und Forts von Genua zu bewaffnen. Sardinien scheint in der türkisch-russischen Frage in Gemeinschaft mit Frankreich und England handeln zu wollen. (?)

### Spanien.

— Die spanische Regierung soll auf die Bitten des römischen Hofes, ihre Truppen noch länger in Italien zu lassen, nicht eingegangen sein. Das Einzige, was sie zu thun versprochen, ist, ein Korps von 3000 Mann Freiwilligen zu werben, welches zur Verfügung des k. Vaters gestellt werden würde. Den Sold desselben würde der römische Hof übernehmen.

### Vermischte Nachrichten.

Stettin, 3te Sitzung des Schwurgerichts, 14. Dezember. (Fortsetzung.) Der Direktor Jobst der ritterschaftlichen Bank, auf welche die neulich erwählten Wechsel von Knorre überlassen waren, wofür derselbe resp. 957 Thlr. 17 Sgr. und 1109 Thlr. 20 Sgr. erhalten hatte, hatte alsbald den Betrug geahnt, da der Acceptant Wiedemann seit längerer Zeit verreißt und wie sich ergab, heimlich nach Amerika gegangen war. Hr. Jobst legte nun dem Angeklagten die Wechsel vor, derselbe gestand die Fälschung ein, erklärte sich aber außer Stande zur Zahlung der Wechselsumme. Dasselbe Geständniß legte er von neuem ab, leugnete aber, in betrügerlicher Absicht die Unterschriften gefertigt zu haben. Zur Begründung dieser Angabe erwähnte er, daß er und sein Compagnon Wiedemann ein vortheilhaftes Geschäft in Weizen abschließen konnten, wozu es ihnen aber augenblicklich an Geld gefehlt habe. Wiedemann habe den Vorschlag gemacht, falsche Wechsel auszustellen, wogegen sich anfangs sein (des Angeklagten) moralisches Gefühl gestraubt habe; da sie indessen im Stande gewesen sein würden, die Wechsel zur Verfallzeit einzulösen, so habe er endlich nachgegeben. Wäre nicht Wiedemann mit der Kasse auf und davon gegangen und dadurch vor der Zeit der Verdacht rege geworden, so wäre die Einlösung auch ohne Zweifel geschehen. Demnach könne er nicht eine betrügerliche Absicht dabei gehabt haben. Die Zeugenaussagen modificirten theilweise die Angaben des Knorre. Schon im October 1848 verkaufte er sein bewegliches Vermögen an Verwandte in Berlin. Wiedemann hatte von Hamburg aus an einen Freund gemeldet, was ihn zur Flucht bestimmt habe und wie er von seinem Compagnon verläßt und hintergangen sei. Um den Knorre aus der Verlegenheit zu ziehen, hatte sich ein Verwandter desselben zur Zahlung erhoben, war jedoch davon abgestanden, als er vernahm, daß dennoch die Untersuchung gegen Knorre stattfinden würde. Der Staatsanwalt begründet die Anklage, der Vertheidiger sucht in einer gediegenen Rede seines Klienten Absichtslosigkeit zu betragen, zu beweisen. Die Fragen werden an die Geschwornen gestellt und zwar in Bezug auf die beiden Wechsel getheilt. Die Geschwornen ziehen sich zurück, nach längerem Verweilen erklärt der Demann derselben, Herr Hesse, daß der Angeklagte sei schuldig, die Unterschriften unter den Wechseln und den Giro's nachgemacht zu haben, doch sei die betrügerliche Absicht in Bezug auf Ueberweisung der Wechsel an die ritterschaftliche Bank nicht erwiesen. Dieser letztere Ausspruch genügt dem Gerichtshofe nicht, er will eine bestimmtere Antwort, und legt die beiden Fragen vor: 1) ob der Angeklagte schuldig sei, die betreffenden Unterschriften in betrügerischer Absicht nachgemacht zu haben; 2) ob schuldig, dieselben in gleicher Absicht an die ritterschaftliche Bank übergeben zu haben. Die Geschwornen bejahen die erste, verneinen jedoch die zweite Frage. Der Staatsanwalt weist aus dem Geseze nach (§. 1389. 11. 20 des Allg. Land-Rechts), daß, wenn durch die falsche Urkunde noch niemand betrogen sei, die halbe Strafe der Fälschung statfinde. Er trägt deshalb auf 3 jährige Zuchthausstrafe und Verlust der Nationallokarde an. Der Vertheidiger bemüht sich, aus §. 1380 den Staatsanwalt zu widerlegen, und behauptet, es könne nur eine Gefängnißstrafe von einigen Monaten verhängt werden. Der Gerichtshof beräth sich und giebt sein Urtheil dahin ab, daß der Knorre wegen versuchten Betruges und Fälschung von Wechseln und Nachahmung fremder Handschriften mit 3 Jahren Zuchthaus, Verlust der Nationallokarde und einer Geldbuße von 2059 Thlr. 26 Sgr. zu bestrafen, im Unvermögensfall mit noch 2 Jahren Zuchthaus zu belegen sei, auch die Untersuchungskosten zu tragen habe. Der Vertheidiger hat alsbald ein Cassationsgesuch eingereicht.

Ferner folgte die Verhandlung gegen den Arbeitsmann Fried. Wilh. Müller, welcher eines gewaltthätigen Diebstahls beschuldigt wird, indem er vermittelst Nachschlüssels aus der verschlossenen Stube der Putzmacherin Ziller hieselbst ein Stand Bettens im Werthe von 13 Thlr. gestohlen habe. Der Angeklagte, 24 Jahre alt, mehrfach auch außerordentlich mit Zuchthaus bestraft, läugnet das Vergehen; doch die Aussage der Zeugen, deren etliche ihn auf der That ertappt haben, überführt ihn des Verbrechens. Die Geschwornen sprechen das „Schuldig“ über ihn aus. Das Gericht erkennt ihn wegen zweiten gewaltthätigen Diebstahls 12 Jahre Zuchthaus zu.

Stettin, 17. Dezember. Mit dem gestrigen Tage hat die Ausstellung hiesiger Handwerkerarbeiten im Saale des Baierschen Hofes begonnen und sich bereits einer regen Theilnahme erfreut.

— Der sog. freien evangelischen Gemeinde ist von dem Patronat die Benutzung des Saales der Friedrich-Wilhelmschule zu ihrem Gottesdienst überlassen.

— Mit der Abgabe der Waffen der Bürgerwehr an den Staat in gutem Zustande wird hier von dem Commando derselben bereits vorgefahren.

— Es verlautet noch nicht, ob bei nun eingetretenen Thauwetter der Plan, die englischen Schiffe von hier nach Swinemünde durchzuweisen wieder aufgenommen werde.

— Ein amerikanisches Schiff strandete neulich an der Moskitoküste, die Mannschaft gewann das Land, gerieth aber mit den Einwohnern in Streit und brannte in Folge dessen ein Dorf nieder.

Hierbei ein Provinzial-Anzeiger.